

Entwicklungspolitik im Bundestagswahlkampf 2005

*Analyse der Wahlprogramme
und Forderungen an die Parteien*

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Tel.: 0228 / 946 77-0
Fax: 0228 / 946 77-99
e-Mail: sekretariat@venro.org
Internet: www.venro.org

VENRO Projektbüro in Berlin

Dietrich-Bonhoeffer-Haus
Ziegelstr. 30
10117 Berlin

Tel.: 030 / 280 466 7-0
Fax: 030 / 280 466 7-2
e-Mail: berlin@venro.org
Internet: www.2015.venro.org

Autor: Jens Martens, Global Policy Forum Europe

Redaktion: Dr. Gerhard Gad, VENRO (V.i.S.d.P.)

Danuta Sacher, Brot für die Welt

Bonn und Berlin, August 2005

Entwicklungspolitik

im Bundeswahlkampf 2005

*Analyse der Wahlprogramme
und Forderungen an die Parteien*

Inhalt:

1. Einführung
2. Entwicklungspolitische Kernthemen
 - 2.1 Programmatische Grundausrichtung der Entwicklungspolitik
 - 2.2 Quantität und Qualität der Entwicklungszusammenarbeit
 - 2.3 Neue Instrumente der Entwicklungsfinanzierung
 - 2.4 Schuldenerlass
 - 2.5 Welthandel
 - 2.6 Reformen im System von „*Global Governance*“
3. Schlussfolgerungen – Forderungen an die Parteien

Quellen

1. Einführung

Am 21. Juli 2005 verkündete der Bundespräsident seine Entscheidung, den Deutschen Bundestag aufzulösen und für den 18. September 2005 Neuwahlen anzusetzen. Die Parteien waren darauf vorbereitet und hatten bereits in den Wochen zuvor ihre Wahlprogramme oder vergleichbare Stellungnahmen veröffentlicht. Den Reigen hatte die WASG eröffnet, die bereits am 3. Juli, zwei Tage nach der Bundestagsabstimmung über die Vertrauensfrage, ihr Wahlmanifest verabschiedete. Es folgte am 4. Juli die SPD mit ihrem Manifest zu den Neuwahlen. Bündnis 90/Die Grünen beschlossen ihr Wahlprogramm am 10. Juli, die CDU/CSU präsentierte ihr "Regierungsprogramm 2005-2009" am 11. Juli, und der Parteivorstand der Linkspartei.PDS legte am 16. Juli seinen Entwurf für ein Wahlprogramm vor. Lediglich die FDP hatte darauf verzichtet, vor der Entscheidung des Bundespräsidenten mit einem Wahlprogramm an die Öffentlichkeit zu treten. Sie hatte stattdessen bereits im Juni unter dem Titel "Wechsel-Lexikon" eine mehrere hundert Seiten umfassende Sammlung von FDP-Stellungnahmen und Positionspapieren veröffentlicht. Am 25. Juli präsentierte sie dann ihr „Deutschlandprogramm“ für die Wahlen.

Wahlprogramme werden erfahrungsgemäß nach den Wahlen von den Regierenden nicht 1:1 in reale Politik umgesetzt. Sie lassen aber dennoch Rückschlüsse darüber zu, welchen Stellenwert die einzelnen Parteien bestimmten Politikfeldern einräumen und welche Schwerpunkte sie innerhalb dieser Politikfelder setzen wollen. Dies gilt auch für die deutsche Entwicklungspolitik.

Der Bundestagswahlkampf fällt in eine Zeit, in der auf internationaler Ebene Fragen der Entwicklungszusammenarbeit und Armutsbekämpfung so viel politische Aufmerksamkeit genießen, wie selten zuvor. Anfang Juli befasste sich der G8-Gipfel im schottischen Gleneagles schwerpunktmäßig mit Fragen der Armutsbekämpfung und Entwicklungsfinanzierung.

Vom 14. bis 16. September – und damit nur wenige Tage vor dem voraussichtlichen Termin der Bundestagswahlen – findet im Rahmen der UN-Generalversammlung das wahrscheinlich größte Gipfeltreffen aller Zeiten statt. Etwa 175

Staats- und Regierungschefs werden nach New York kommen, um sich mit der Reform der Vereinten Nationen und der Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (*Millennium Development Goals*, MDGs) zu befassen.

Im Dezember wird sich schließlich bei der Ministertagung der Welthandelsorganisation (*World Trade Organisation*, WTO) in Hongkong zeigen, ob die Regierungen ihrem Anspruch gerecht werden, aus der gegenwärtigen Welthandelsrunde eine "Entwicklungsrunde" zu machen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen in aller Welt nutzen die politischen Anlässe des Jahres 2005 massiv, um für die Bekämpfung der Armut und demokratischere *Governance*-Strukturen auf nationaler und internationaler Ebene einzutreten. Auf internationaler Ebene bildete sich zu diesem Zweck die Allianz „*Global Call to Action Against Poverty*“ (GCAP). In Deutschland haben sich entwicklungspolitische Nichtregierungsorganisationen (NROs) unter der Federführung des Verbandes Entwicklungspolitik (VENRO) zur Aktion "Deine Stimme gegen Armut" zusammengeschlossen. Unter dem verbindenden Symbol des weißen Bandes haben Hunderttausende von Menschen in aller Welt Anfang Juli den Forderungen der weltweiten Allianz auf Demonstrationen und bei Konzerten Nachdruck verliehen.

Erste Erfolge wurden bereits im Vorfeld des UN-Gipfels erreicht: Die Europäische Union beschloss im Mai einen verbindlichen Stufenplan zur Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) bis zum Jahr 2015. Die G8 erklärte sich zur Streichung der multilateralen Schulden von 18 hochverschuldeten armen Ländern bei Internationalem Währungsfonds (IWF), Weltbank und Afrikanischer Entwicklungsbank (ADB) bereit. Die Regierungen Frankreichs und Deutschlands ergriffen die Initiative zur Einführung einer Solidaritätsabgabe auf Flugtickets, deren Erlös zur Finanzierung der MDGs beitragen soll. Aus Sicht entwicklungspolitischer NROs reichen diese Entscheidungen bei weitem nicht aus, sie sind aber Schritte in die richtige Richtung.

Wie weit wären die im Bundestag vertretenen Parteien bereit, im Falle einer Regierungsübernahme diese und ggf. weitergehende Schrit-

te in die politische Tat umzusetzen? Wo setzen sie in der Entwicklungspolitik ihre Prioritäten? Wieweit unterstützen sie die entwicklungspolitischen Forderungen, die von einer breiten Koalition von NROs in diesem Jahr formuliert wurden? Diese Fragen sollen im Folgenden an Hand der Wahlprogramme der Parteien beantwortet werden. Die aktuelle Messlatte bildet dabei der Forderungskatalog, den VENRO im Rahmen der Aktion "Deine Stimme gegen Armut" unter dem Titel "Wort halten. Mehr deutsches Engagement für die Millenniums-Entwicklungsziele!" im Juni 2005 vorgelegt hat.¹ Ein Vergleich zwischen den darin enthaltenen Positionen und den entwicklungspolitischen Wahlaussagen der Parteien gibt wichtige Anhaltspunkte dafür, wie groß die Schnittmenge der Gemeinsamkeiten zwischen den NROs und den jeweiligen Parteien ist, und wo die größten Differenzen – auch zwischen den Parteien – liegen.

Die Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul hatte Anfang des Jahres gefordert: "2005 muss zum Wendejahr in der Entwicklungspolitik werden."² Sie bezog sich damit auf die internationalen Gipfelereignisse dieses Jahres. Durch die Bundestagswahlen könnte das Jahr 2005 aber auch zu einem Wendejahr für die *deutsche* Entwicklungspolitik werden. Die Wahlprogramme der Parteien deuten die Richtung an, in die eine solche Wende gehen könnte.

2. Entwicklungspolitische Kernthemen

Außen- und entwicklungspolitische Fragen stehen bei allen Parteien am Ende ihrer Wahlprogramme. Vorrang haben durchgängig die Themen Arbeit, Bildung und soziale Sicherung. Es ist bemerkenswert, wie wenig sich die Parteien – von FDP bis Linkspartei – in dieser politischen Prioritätensetzung unterscheiden.

¹ erhältlich im Internet unter dem Link <http://www.venro.org/publikationen/archiv/DSGA-Forderungspapier.pdf> sowie unter Tel: 0228 / 94677-0 oder e-Mail: sekretariat@venro.org

² Rede der stellvertretenden Parteivorsitzenden der SPD und Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wiecek-Zeul, zum Thema "Willy Brandt und die Nord-Süd-Politik" auf der Veranstaltung: "Globalisierung der Mitmenschlichkeit – 25 Jahre Brandt-Report" am 10. Februar 2005.

Umso größer sind die Unterschiede, wenn man die Wahlaussagen der Parteien in Hinblick auf eine Reihe entwicklungspolitischer Kernthemen analysiert. Im Folgenden soll dies für sechs Themenbereiche geschehen:

- Programmatische Grundausrichtung der Entwicklungspolitik
- Quantität und Qualität der Entwicklungszusammenarbeit
- Neue Instrumente der Entwicklungsfinanzierung
- Schuldenerlass
- Welthandel
- Reformen im System von „Global Governance“

Für jeden dieser Themenbereiche werden zunächst die NRO-Positionen, wie sie sich in dem oben erwähnten Forderungskatalog von VENRO widerspiegeln, in knapper Form skizziert. Ihnen werden im Anschluss die Aussagen der einzelnen Parteien gegenübergestellt.³

2.1 Programmatische Grundausrichtung der Entwicklungspolitik

Die Entwicklungspolitik sollte, so eine der Kernforderungen der NROs, ebenso wie die Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik „konsequent und kohärent“ auf die Bekämpfung der Armut und die Verwirklichung der MDGs ausgerichtet werden. Das Engagement gegen Armut und Ausgrenzung müsse dabei von der Bundesregierung als „menschenrechtliche Verpflichtung“ begriffen werden. Die Bundesregierung sollte sich in diesem Zusammenhang aktiv für die Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte einsetzen. Das gilt u. a. für das Menschenrecht auf Nahrung, das Menschenrecht auf Gesundheit und das Menschenrecht auf ausreichende und diskriminierungsfreie Wasserversorgung aller Menschen. Dies erfordert auch den „Verzicht auf jegliche Privatisierungsforderung gegenüber den Entwicklungsländern“ in diesem Bereich.

Die **CDU/CSU** sieht Entwicklungszusammenarbeit primär als unverzichtbares Element „einer Strategie für die Stabilisierung von Krisen-

³ Die Zitate der Parteien stammen, wenn nicht anders angegeben, aus ihren jeweiligen Wahlprogrammen.

regionen.“⁴ Sie betont Entwicklungspolitik als „eigenständiges Politikfeld“, das u. a. die „Abwehr globaler Gefahren“⁵ zum Ziel habe. Notwendig sei dazu die „bessere Kohärenz“ der Entwicklungs-, Außen-, Sicherheits- und Außenwirtschafts- und Auswärtigen Kulturpolitik. Was für CDU/CSU in diesem Zusammenhang „Kohärenz“ bedeutet, macht ein gemeinsames Thesenpapier deutlich, das vom entwicklungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Christian Ruck und dem verteidigungspolitischen Sprecher Christian Schmidt im Januar 2005 veröffentlicht wurde.⁶ Darin fordern sie eine „bessere Verzahnung der deutschen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik“. Die Bundesregierung müsse ihre Entwicklungspolitik „zielgerichteter als bisher einbinden in politische und militärische Strategien“.

Die Bundesregierung müsse, so die CDU/CSU-Sprecher,

„endlich die Interessenlage unseres Landes im Hinblick auf die zukünftige Verknüpfung unserer Sicherheits- und Entwicklungspolitik eindeutig definieren. Deshalb ist es höchste Zeit für die Entwicklung einer nationalen Gesamtstrategie. Diese sollte Antworten darauf finden, welche Weltregionen

- für die Abwehr von Gefahren für unsere äußere und innere Sicherheit eine zentrale Rolle spielen;
- der Ausgangspunkt eines besonders hohen Bedrohungspotentials sind;
- der Ursprung von Angriffen auf unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte sind;
- für die Steigerung von Deutschlands politischem und wirtschaftlichem Stellenwert in der Welt von besonderer Bedeutung sind;
- für den Zugang zu den für unsere Wirtschaft unverzichtbaren Auslandsmärkten und Rohstoffen besonders wichtig sind;
- und für die Sicherung unserer Energieversorgung eine wesentliche Rolle spielen.“

⁴ CDU/CSU, S. 38

⁵ Ebd.

⁶ Vgl. Ruck/Schmidt, 2005

Die Millenniumsziele kommen im Wahlprogramm von CDU/CSU nicht vor, der Schutz der Menschenrechte wird lediglich im Zusammenhang mit „in Deutschland lebenden Mädchen und Frauen aus dem muslimischen Kulturkreis“ erwähnt.⁷

Auch die **SPD** stellt Entwicklungszusammenarbeit in den sicherheitspolitischen Kontext: „Für uns ist Entwicklungszusammenarbeit ein unverzichtbarer Teil unserer Friedens- und Sicherheitspolitik“⁸, lautet der erste Satz zum Thema Entwicklungspolitik im Wahlmanifest der SPD. Sie bezeichnet den weltweiten Einsatz für Menschenrechte als zentralen Bestandteil ihrer Politik. Menschenrechtspolitik ist für die Sozialdemokraten „fundamentale Friedens- und Stabilitätspolitik, da sie die Schaffung von Stabilität und Wohlstand befördert und Krisen und Kriege vermeiden hilft. Damit dient sie zugleich den eigenen Interessen unseres Landes.“⁹

Die SPD unterstreicht ihr generelles Bekenntnis zur Umsetzung der Millenniumsziele und schlägt den Bogen zum Thema nachhaltige Entwicklung, indem sie sich für die weitere Förderung erneuerbarer Energien ausspricht. Sie betont auch die Bedeutung eines eigenständigen Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Das Wahlprogramm von **Bündnis 90/Die Grünen** enthält die umfassendsten Aussagen zu entwicklungspolitischen Themen. Unter dem Titel „Globalisierung gerecht gestalten“ betont es „Gerechtigkeit“ als Ziel grüner Außenpolitik.¹⁰ Die Grünen sehen in der Globalisierung einerseits „große Chancen für mehr Demokratie und Wohlstand in der Welt.“¹¹ Sie kritisieren andererseits die „gegenwärtige Form der Globalisierung“ und stellen fest: „Globalisierung darf kein Prozess schrankenloser Ökonomisierung sein und braucht soziale und ökologische Leitplanken.“¹² Das Wahlprogramm unterstützt ausdrücklich die Millenniumsziele der Vereinten Nationen und fordert, die von UN-Generalsekretär Kofi Annan erarbeiteten Vorschläge dazu umzusetzen. Es setzt sich auch dafür ein, die wirtschaftlichen,

⁷ CDU/CSU, S. 34

⁸ Vgl. SPD, S. 42

⁹ Ebd.

¹⁰ Bündnis90/Die Grünen, S. 49 ff.

¹¹ Ebd., S. 49

¹² Ebd.

sozialen und kulturellen Rechte der Menschen zu stärken. Dabei betonen die Grünen insbesondere die Durchsetzung von Frauenrechten und „unterstützen mit Nachdruck Projekte und Programme, mit denen Frauen und Mädchen gefördert und Frauenrechte gestärkt werden.“¹³

Teil der entwicklungspolitischen Programmatik der Grünen ist auch ihr Plädoyer für eine ökologische und entwicklungsverträgliche Umgestaltung der deutschen Außenwirtschaftspolitik. Dabei spielen für sie auch staatliche Exportkreditversicherungen eine wichtige Rolle. Im Wahlprogramm heißt es dazu: „Wir wollen die begonnene Reform der Leitlinien für Hermes-Bürgschaften fortführen und mehr Transparenz, die Sicherung hoher internationaler Umweltstandards und einen besseren Schutz der Menschenrechte in ihnen verankern.“¹⁴

Die **Linkspartei.PDS** stellt ihre entwicklungspolitischen Wahlaussagen ebenfalls unter den Titel „Globalisierung gerecht gestalten“.¹⁵ Im Vorstandsentwurf für das Wahlprogramm heißt es dazu: „Der neoliberalen Globalisierung setzen wir Forderungen entgegen, die auf die Durchsetzung von sozialen und ökologischen Standards gerichtet sind, welche die Menschenrechte stärken und eine demokratische Regulation der Finanzmärkte verlangen.“¹⁶ Mit der „Förderung von Schritten einer selbstbestimmten wirtschaftlichen Entwicklung“ sollten gerechtere Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd hergestellt werden.

Im Umfang ähnlich knapp wie die Linkspartei, in der inhaltlichen Ausrichtung aber diametral entgegengesetzt sind die entwicklungspolitischen Aussagen im Wahlprogramm der **FDP**.¹⁷ Sie betont die „Chancen“ der Globalisierung und die „immensen Wohlstandsverluste“ infolge der „Abschottung“ der Märkte. Um Armut wirksam bekämpfen zu können, müsse die deutsche Entwicklungspolitik „neu ausgerichtet“ werden. Als „Grundlage jeder Entwicklung“ betont sie „die Freiheit des Einzelnen, die Einhaltung der Menschenrechte, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit“. Nur Regierungen, die die Verantwor-

tung für ihre Bürger und die Entwicklung ihres Landes wirklich übernehmen, hätten „unsere Hilfe verdient“. Über die Zukunft des BMZ sagt die FDP in ihrem Wahlprogramm nichts. Generalsekretär Dirk Niebel unterstreicht jedoch die langjährige FDP-Forderung nach Auflösung des BMZ, indem er feststellt: „Eine effiziente Steuerung der deutschen internationalen Zusammenarbeit ist nur aus einem Ministerium heraus möglich. Die Trennung von BMZ und Auswärtiges Amt ist überholt.“¹⁸

2.2 Quantität und Qualität der Entwicklungszusammenarbeit

Eine langjährige Forderung der NROs gegenüber der Bundesregierung ist die Verwirklichung des 0,7-Prozentziels. Entsprechend rufen sie die Bundesregierung auf, den von allen EU-Mitgliedern verabschiedeten Stufenplan zur Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe (*Official Development Assistance*, ODA) in die Tat umzusetzen. Für Deutschland bedeutet das eine Erhöhung der ODA auf 0,51 Prozent des BNE bis 2010 und auf 0,7 Prozent bis 2015. Diese Erhöhung sollte vor allem durch zusätzliche Finanzmittel und nicht durch Anrechnung weiterer Entschuldungen erreicht werden. Die Bundesregierung sollte die zusätzlichen Mittel primär für Ernährungssicherung, Grundbildung, Basisgesundheitsdienste und Zugang zur Wasser- und Sanitärversorgung verwenden, und zwar vordringlich in den armen und ärmsten Ländern, sowie zur Bekämpfung von Hunger und Armut bei den ärmsten Bevölkerungsgruppen in Ländern mit höherem Einkommen.

Die **CDU/CSU** erkennt zwar grundsätzlich die Verpflichtung an, die öffentliche Entwicklungshilfe mittelfristig auf 0,7 % zu steigern, sie relativiert diese Aussage jedoch durch den Zusatz „sobald der Zustand von Wirtschaft und Haushalt dies erlaubt.“¹⁹ Sie macht damit deutlich, dass sich eine von ihr geführte Bundesregierung nicht an den Zeitplan der EU gebunden fühlt.

Die Christdemokraten verlangen eine Konzentration der Entwicklungspolitik auf „bestimmte Länder und Schlüsselsektoren“, ohne in ihrem

¹³ Ebd., S. 53

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Vgl. Linkspartei.PDS, S. 17

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Vgl. FDP, S. 49 f.

¹⁸ Vgl. Dirk Niebel im VENRO-Rundbrief 22

¹⁹ CDU/CSU, S. 38

Wahlprogramm allerdings näher auszuführen, welche sie damit meinen. Zugleich sprechen sie sich für eine „noch intensivere Einbindung aller in der Entwicklungshilfe Tätigen“ (Kirchen, NROs und politischen Stiftungen) aus und plädieren für eine engere Kooperation mit der deutschen Privatwirtschaft.

Die **FDP** liefert in ihrem Wahlprogramm keine klare Aussage zur künftigen Höhe der deutschen Entwicklungshilfe und betont stattdessen lediglich, sie setze auf Qualität, nicht auf Quantität.²⁰ Deutlicher äußert sich der FDP-Generalsekretär: „Angesichts der Haushaltslage und vor allem angesichts der Tatsache, dass die Zahl der Armen weltweit abnimmt, ist es unehrlich, mehr Mittel für Entwicklungshilfe zu versprechen.“²¹ Mit anderen Worten: Die FDP lehnt nicht nur den Stufenplan der EU, sondern allgemein auch eine Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe ab.

Die „knappen deutschen Entwicklungshilfemittel“ sollten laut FDP-Wahlprogramm „den Ärmsten der Armen vorbehalten sein“.²² Dagegen sollten China, Indien und andere Schwellenländer keine öffentliche Entwicklungshilfe mehr erhalten. „Absolute Priorität“ hat für die FDP die Bekämpfung von HIV/AIDS. Hierfür sollten wesentlich mehr Mittel als bisher bereitgestellt werden.

Nachdem Bundeskanzler Schröder zuletzt beim G8-Gipfel in Gleneagles den Stufenplan zur Erhöhung der deutschen ODA bekräftigt hat, ist das Bekenntnis der **SPD** in ihrem Wahlprogramm zur Umsetzung dieses Planes keine besondere Überraschung. Sie betont allerdings, dass die Erhöhung nicht aus dem Etat des BMZ allein erfolgen soll. Zur Finanzierung gehören nach ihren Worten: „Wachsende Haushaltsmittel, die Fortsetzung der Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer und innovative Finanzierungsinstrumente.“²³ Zu qualitativen Aspekten der Entwicklungszusammenarbeit äußert sich die SPD in ihrem Wahlprogramm nicht. Es scheint nahe liegend, dass sie ihre bisherige Politik und Prioritätensetzung weitgehend unverändert fortsetzen würde. Ausdrücklich betont sie,

sie wolle „das Bündnis mit den Nichtregierungsorganisationen und Kirchen zur positiven Gestaltung der Globalisierung weiterentwickeln.“

Auch **Bündnis 90/Die Grünen** unterstützen die Verpflichtung, die deutsche ODA entsprechend dem EU-Stufenplan bis 2015 auf 0,7 Prozent des BNE zu erhöhen.²⁴ Da dies nicht über den Bundeshaushalt allein zu schaffen sei, müssten „neue Wege der Entwicklungsfinanzierung“ beschritten werden. Besonders betonen die Grünen dabei die Einführung internationaler Steuern (s. u.). Einen größeren Stellenwert soll künftig der ländlichen Entwicklung zukommen. Die Grünen setzen dabei auf die Förderung von Landreformen und einer ressourcenschonenden, angepassten Landwirtschaft, die auch den Kleinbauern mehr Entwicklungschancen gibt. Daneben betont das Wahlprogramm der Grünen, dass auch zur Verbesserung der Wasser- und Energieversorgung, der Grundbildung, zum Aufbau von Basisgesundheitsdiensten und sozialen Sicherungssystemen, zur Eindämmung von HIV/AIDS, Malaria und Tuberkulose sowie zur Ausweitung von Schutzgebieten, die der Erhaltung der biologischen Vielfalt dienen, „enorme zusätzliche Anstrengungen“ nötig seien.²⁵

Die **Linkspartei.PDS** fordert ebenfalls generell, die deutsche Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des BNE anzuheben.²⁶ Sie verknüpft dies aber nicht mit einem konkreten Zeitziel. Auch zu qualitativen Aspekten der Entwicklungszusammenarbeit und regionalen oder sektoralen Prioritäten äußert sich der Vorstandsentwurf des Wahlprogramms nicht.

2.3 Neue Instrumente der Entwicklungsfinanzierung

Im Vorfeld des „Millennium+5“-Gipfels der UN fordern NROs von der Bundesregierung „mehr Engagement für die Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente“. Konkret plädieren sie an die Bundesregierung, den britischen Vorschlag einer Internationalen Finanzfazilität (IFF) zu unterstützen, sofern diese in punkto Partizipation, Konditionalität und *Governance* Fortschritte gegenüber bestehenden Institutionen und Fonds bringt und ihre Refinanzierung

²⁰ FDP, S. 50

²¹ Vgl. Dirk Niebel im VENRO-Rundbrief 22

²² FDP, S. 50

²³ SPD, S. 42

²⁴ Bündnis 90/Die Grünen, S. 52

²⁵ Ebd.

²⁶ Linkspartei.PDS, S. 17

über internationale Steuern oder Abgaben gesichert ist. Parallel dazu sollen zusätzliche Instrumente der Entwicklungsfinanzierung eingeführt werden, insbesondere eine Kerosinsteuer und/oder eine Devisentransaktionssteuer. Als ersten Schritt dahin sollte die Bundesregierung dafür eintreten, eine verpflichtende Abgabe auf Flugtickets auf europäischer Ebene schnellstmöglich einzuführen.

Diese Forderungen decken sich in Teilen mit den Positionen der bisherigen Regierungsparteien. Vor allem die Bundesentwicklungsministerin hat sich in den vergangenen Jahren immer wieder für die Einführung internationaler Steuern ausgesprochen.²⁷ Für den Bundeskanzler und den Finanzminister waren internationale Steuern lange Zeit Tabu, seit einigen Monaten unterstützen sie die Einführung einer internationalen Flugticketabgabe. Demonstratives Signal für den Wandel in der Politik der jetzigen Bundesregierung war der Beitritt Deutschlands zur „Lula-Gruppe“ von Brasilien, Frankreich, Chile und Spanien nach einem Treffen von Bundeskanzler Schröder und dem brasilianischen Präsidenten Lula beim Weltwirtschaftsforum in Davos Ende Januar 2005. Im Wahlprogramm der **SPD** ist allerdings lediglich in allgemeinen Worten von „innovativen Finanzierungsinstrumenten“²⁸ die Rede.

Im Kontrast dazu sprechen sich **Bündnis 90/Die Grünen** wesentlich expliziter für die Einführung internationaler Steuern aus. Sie betonen in ihrem Wahlprogramm:

„Wir unterstützen die europaweite Einführung einer Kerosinsteuer, die aus grüner Sicht viele Vorteile aufweist: Zum einen hat sie eine ökologische Lenkungswirkung, zum anderen können so Einnahmen zur Entwicklungsfinanzierung erzielt werden. Um dem Schwinden des nationalen Handlungsspielraums entgegenzuwirken, setzen wir auf die weltweite Austrocknung von Steueroasen und die Bekämpfung von Devisenspekula-

tionen. Wir begrüßen und unterstützen die Initiative der Parlamente von Belgien und Frankreich zur Einführung einer weiterentwickelten Tobin-Steuer, die zunächst auf europäischer Ebene eingeführt werden soll. Sie soll zur Begrenzung von schädlichen Devisenspekulationen beitragen und ebenfalls Einnahmen zur Entwicklungsfinanzierung erzielen.“²⁹

Auch die **Linkspartei.PDS** unterstützt die Einführung einer Steuer auf internationale Devisentransaktionen.³⁰ Sie sieht sie aber weniger als Mittel der Entwicklungsfinanzierung sondern eher als Instrument zur „Stabilisierung und Kontrolle der internationalen Währungsverhältnisse und Kapitalströme.“

Im „Regierungsprogramm“ von **CDU/CSU** kommt das Thema „innovative Finanzierungsinstrumente“ nicht vor. Arnold Vaatz, Stellvertreter der Fraktionsvorsitzender von CDU/CSU, spricht sich in einer Stellungnahme zu den MDGs zwar dafür aus, „innovativer und mutiger“ bei der Suche nach neuen entwicklungspolitischen Finanzquellen und Instrumenten vorzugehen. Er beschränkt sich im Weiteren aber auf den Vorschlag, „die Spendenbereitschaft unserer Gesellschaft zu stärken“ sowie Mittel, die durch Abbau von Handelssubventionen eingespart werden, für die Armutsbekämpfung zu verwenden.³¹

Auch für die **FDP** sind neue Instrumente der Entwicklungsfinanzierung in ihrem Wahlprogramm kein Thema. Da sie in ihren Vorschlägen zur Reform des Steuersystems für konsequente Steuersenkungen eintritt und gleichzeitig eine Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit ablehnt, scheint ein Vorschlag für neue internationale Steuern im Widerspruch zur Politik der Liberalen zu stehen.

²⁷ Vgl. zuletzt z. B. Speech of Federal Minister for Economic Cooperation and Development, Mrs. Heidemarie Wieczorek-Zeul at the General Assembly on the occasion of the High-level Dialogue on Financing for Development, 27 Juni 2005 (http://www.germany-un.org/archive/speeches/2005/sp_06_27_05.html?PHPESSID=6a1b36379260061eda0416d7217ec1e5).

²⁸ SPD, S. 42

²⁹ Bündnis90/Die Grünen, S. 52

³⁰ Linkspartei.PDS, S. 6

³¹ Vgl. Arnold Vaatz im VENRO-Rundbrief 22

2.4 Schuldenerlass

NROs haben sich im Vorfeld der diesjährigen Gipfeltreffen von G8 und UN für einen umfassenden Schuldenerlass ausgesprochen. Das VENRO-Positionspapier im Rahmen der Aktion „Deine Stimme gegen Armut“ sieht in der G8-Entscheidung zur Streichung der multilateralen Schulden von 18 hochverschuldeten armen Ländern bei IWF, Weltbank und ADB einen „wichtigen Schritt“. Es kritisiert jedoch u. a., dass der Erlass sich auf eine zu kleine Gruppe von Ländern beschränkt und selbst für diese Länder eine zu geringe Entlastung mit sich bringt. Weitere Entschuldungsschritte seien daher notwendig. Daneben fordert VENRO die Neudefinition von „Schuldentragfähigkeit“ im Sinne des UN-Generalsekretärs, so dass ein Schuldnerland erst dann wieder Schuldendienst zu leisten hat, wenn die Mittel zur Umsetzung der MDGs gesichert sind. Schließlich fordern NROs zur langfristigen Lösung der Schuldenkrise weiterhin die Einrichtung eines fairen und transparenten internationalen Insolvenzverfahrens.

Die Antwort der Parteien auf diese Forderungen fällt in ihren Wahlprogrammen bescheiden aus.

Die **SPD** kündigt zumindest an, sie werde „in den kommenden Jahren die Entschuldung der ärmsten Entwicklungsländer weiter vorantreiben.“³²

Bündnis 90/Die Grünen erwähnen in ihrem Wahlprogramm lediglich, dass „gutes Regieren“ (*Good Governance*) und die Bekämpfung der Korruption bei weiteren Schuldenerlassen berücksichtigt werden müssten.³³

Die **Linkspartei.PDS** fordert in ihrem Wahlprogramm eine „umfassende Entschuldung“, ohne dies weiter zu konkretisieren.³⁴

CDU/CSU und **FDP** gehen in ihren Wahlprogrammen auf die drängenden Schuldenprobleme der Entwicklungsländer mit keinem Wort ein. In einer Pressemitteilung vom 21. Juli kritisiert der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion allerdings: „Bei den Schuldenerlassen hat die SPD fehlgesteu-

ert. Viele der entschuldeten Länder sind inzwischen höher verschuldet als zuvor.“ Daraus schließt er, Entschuldung müsse künftig „stärker fokussiert und konditioniert“ werden.³⁵

2.5 Welthandel

Unter dem Motto „Mehr Gerechtigkeit im Welthandel“ fordern die NROs von der Bundesregierung, ihren Einfluss bei EU und WTO geltend zu machen, um unfaire Praktiken der Industrieländer gegenüber den ärmeren Ländern (z.B. Exportsubventionen im Agrarbereich, Zoll eskalation, Anti-Dumping-Regeln, Patentregelungen für Medikamente) zu beenden. Die internationalen Handelsregeln sollten so ausgestaltet werden, dass sie Entwicklungsländern einen besonderen Schutz ihrer Märkte garantieren. Im Rahmen der Verhandlungen zum allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services, GATS) sollte u. a. die Forderung nach Öffnung der Märkte des Südens für europäische Wasserkonzerne zurückgenommen werden. Schließlich sollte die Bundesregierung im internationalen Rahmen dazu beitragen, den Vorrang von Umweltabkommen vor Handelsabkommen festzuschreiben.

Die **SPD** äußert sich zu diesem Thema in ihrem Wahlprogramm nur kurz, indem sie ankündigt, sich im Rahmen der Welthandelsorganisation für gerechte Welthandelsbeziehungen einzusetzen, „einschließlich der Beendigung der Agrarexportsubventionen.“³⁶ Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering unterstreicht dies in einer Stellungnahme zu den MDGs: „Wir unterstützen den weltweiten Abbau von Agrar- und Exportsubventionen sowie Handelsbarrieren. [...] Gleichzeitig setzen wir uns für verbindliche Sozial- und Umweltstandards in den Regelwerken der internationalen Organisationen ein.“³⁷

Bündnis 90/Die Grünen greifen in ihrem Wahlprogramm viele handelspolitische Forderungen der NROs auf.³⁸ Sie setzen sich u. a. dafür ein, den Entwicklungsländern „fairen Zu-

³⁵ Pressemitteilung von Dr. Christian Ruck, 21. Juli 2005

³⁶ SPD, S. 42

³⁷ Vgl. Franz Müntefering im VENRO-Rundbrief 22

³⁸ Vgl. Bündnis 90/Die Grünen, S. 49 f.

³² SPD, S. 42

³³ Bündnis 90/Die Grünen, S. 50

³⁴ Linkspartei.PDS, S. 17

gang zu unseren Märkten zu gewähren“ und „ökologisch schädliche und ökonomisch unsinnige Agrarsubventionen“ abzubauen. Der Export von subventioniertem Zucker müsse eingestellt und die Baumwollsubventionen in der EU und den USA weiter abgebaut werden. Mittel- und langfristig sollten soziale und ökologische Mindeststandards in der Welthandelsorganisation verankert werden. Schließlich wollen sich die Grünen dafür einsetzen, Ernährungssicherheit und das Menschenrecht auf Ernährung in den internationalen Verhandlungen ebenso sicherzustellen wie den Zugang zu sauberem Wasser und zu lebensnotwendigen Medikamenten.

Aus Sicht der **Linkspartei.PDS** muss die EU ihre Handelspolitik ändern und die unbeschränkte Ausweitung des Dienstleistungsabkommens GATS ablehnen. Außerdem müsse dem „Privatisierungsdruck der Europäischen Kommission“ wirksam entgegengetreten werden. Im Entwurf des Wahlprogramms heißt es: „Wir kämpfen gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, gegen die EU-Liberalisierungspolitik und unterstützen ein demokratisches EU-Rahmengesetz zu Diensten von allgemeinem Interesse.“³⁹

Die **FDP** vertritt in ihrem Wahlprogramm die entgegengesetzte Position. Sie stellt darin fest: „Wir setzen uns für eine weitere Liberalisierung des Welthandels ein. Der ungehinderte Warenaustausch zwischen Nord und Süd, aber genauso zwischen den Ländern des Südens ist Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und den Abbau von Armut. Damit verringert sich die Kluft zwischen dem so genannten reichen Norden und dem armen Süden und das Konfliktpotential des starken Wohlstandsgefälles. Europa und die USA müssen gemeinsam die Welthandelsorganisation (WTO) stärken [...]“⁴⁰

Die **CDU/CSU** thematisiert die Auswirkungen internationaler Handelspolitik und die Rolle der WTO lediglich im Hinblick auf die Interessen deutscher Landwirte und den Schutz der Verbraucher. Sie plädiert für „faire Wettbewerbsbedingungen auf europäischer und internationaler Ebene, [...] insbesondere durch die Berücksichtigung von Umweltschutz-, Tierschutz- und Hy-

gienestandards bei den WTO-Regeln.“⁴¹ Entwicklungspolitische Aspekte der Welthandelsbeziehungen spricht sie in ihrem Wahlprogramm nicht an.

2.6 Reformen im System von „Global Governance“

Für entwicklungspolitische NROs sind Reformen im System der Vereinten Nationen eine notwendige Voraussetzung, um die MDGs zu verwirklichen und Entwicklungsländerinteressen in der internationalen Politik besser zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck fordern sie die substantielle Reform des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen (ECOSOC) mit dem Ziel, ihn mit tatsächlicher Entscheidungs- und Durchsetzungsbefugnis auszustatten. WTO, IWF und Weltbank sollten reformiert und dem gestärkten ECOSOC untergeordnet werden. Das internationale Menschenrechtssystem sollte institutionell gestärkt werden. Schließlich plädieren NROs dafür, die Legitimitätsbasis der UN durch die bessere Einbindung von Parlamenten, z. B. durch eine beratende parlamentarische Versammlung der UN, und die stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft zu erweitern.

Viele dieser Forderungen finden sich im Wahlprogramm von **Bündnis 90/Die Grünen** wider.⁴² Die Grünen setzen sich für eine „umfassende UN-Reform“ ein. Sie wollen den wirtschaftlichen und sozialen Anliegen stärkeres Gewicht einräumen und den ECOSOC aufwerten. Im IWF streben sie ein stärkeres Stimmgewicht für die Entwicklungsländer an. Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen soll zu einer UN-Umweltorganisation (UNEP) ausgebaut werden. Außerdem befürworten die Grünen die Einrichtung einer Parlamentarischen Versammlung als beratendes Gremium für die UNO. Die Menschenrechtskommission sollte grundlegend reformiert und aufgewertet werden. Schließlich stellen sie fest: „Für all das sind wir bei der Reform der UN bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. Unser langfristiges Ziel bleibt eine gemeinsame ständige Vertretung der EU im UN-Sicherheitsrat.“⁴³

³⁹ Linkspartei.PDS, S. 8

⁴⁰ FDP, S. 49

⁴¹ CDU/CSU, S. 23

⁴² Vgl. Bündnis 90/Die Grünen, S. 49

⁴³ Ebd.

Auch die **SPD** unterstützt in ihrem Wahlprogramm das Prinzip des Multilateralismus und will „die Vereinten Nationen als die wichtigste Weltorganisation durch Reformen stärker machen.“⁴⁴ Die Bundesentwicklungsministerin hatte sich in den vergangenen drei Jahren wiederholt in konkreten Reformvorschlägen für eine Stärkung der Entwicklungsländer in den Entscheidungsgremien von IWF und Weltbank ausgesprochen und für die Gründung eines neuen globalen Rates für Wirtschafts- und Entwicklungsfragen („*Global Council*“) plädiert. Im Wahlprogramm der SPD tauchen diese Themen nicht auf. Dort ist lediglich die Rede davon, „international noch mehr Verantwortung zu übernehmen, auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.“⁴⁵

Im Kontrast zu den Bemühungen der rot-grünen Bundesregierung um einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat plädiert die **FDP** für einen gemeinsamen europäischen ständigen Sitz. Ein deutscher Sitz wäre nur die zweitbeste Lösung. In diesem Fall müsse Deutschland den Sitz im Sicherheitsrat „treuhänderisch“ auch für die anderen EU-Partner wahrnehmen.⁴⁶ Auch die FDP setzt sich in ihrem Wahlprogramm dafür ein, die Vereinten Nationen durch Reformen zu stärken. Sie konzentriert ihre Aussagen aber weitgehend auf den sicherheitspolitischen Bereich. Sie hebt explizit hervor, die Reform der Vereinten Nationen müsse „in Zukunft Interventionen möglich machen, wenn ein Staat nicht in der Lage oder willens ist, seine Bürger vor Gewalt und Menschenrechtsverletzungen zu schützen.“⁴⁷

Während für die FDP die Systeme kooperativer Sicherheit – die OSZE im europäischen und die Vereinten Nationen im globalen Rahmen – der „richtige Ort für die Beilegung schwerwiegender internationaler Konflikte“ sind, bildet für die **CDU/CSU** die NATO „das wichtigste Sicherheitsnetz für Deutschland“.⁴⁸ Sie spricht sich in ihrem Wahlprogramm für eine Stärkung der NATO aus, äußert sich aber zu Vorschlägen für eine Stärkung der Vereinten Nationen nicht. Zum Thema UN-Reform stellt sie fest: „Wir halten eine erhebliche Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung und auch der einschlägigen

Instrumentarien der Vereinten Nationen für unerlässlich.“⁴⁹

Die **Linkspartei.PDS** tritt dagegen ausdrücklich „für eine Stärkung und Reform der UNO“ ein. Notwendig sei außerdem eine „umfassende Demokratisierung der internationalen Organisationen wie IWF und Weltbank.“⁵⁰

3. Schlussfolgerungen – Forderungen an die Parteien

Für die Zukunft der deutschen Entwicklungspolitik werden die Bundestagswahlen 2005 von beachtlicher Bedeutung sein. Mit ihnen wird sich entscheiden, ob der bisherige entwicklungspolitische Kurs der rot-grünen Bundesregierung fortgesetzt wird, oder ob es zu einer „Neuausrichtung“ der Entwicklungspolitik kommt, wie sie sowohl von CDU/CSU als auch von FDP gefordert wird. Folgt man deren programmatischen (Wahl) Aussagen, sollte die Entwicklungspolitik künftig zielgerichteter als bisher in politische und militärische Strategien eingebunden werden, in größerem Maße den außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands dienen und in stärkerer Kooperation mit der Privatwirtschaft erfolgen. Eine Erhöhung der Entwicklungshilfemittel wird abgelehnt (FDP) bzw. vom Zustand der deutschen Wirtschaft und des Bundeshaushalts abhängig gemacht (CDU/CSU). Die konsequenterweise knappen Entwicklungshilfemittel sollten in Zukunft stärker auf bestimmte Länder und Sektoren konzentriert werden bzw. nur noch den „Ärmsten der Armen“ vorbehalten bleiben.

Dieses Szenario steht im Kontrast zu den wegweisenden entwicklungspolitischen Entscheidungen, die auf internationaler Ebene im Jahr 2005 gefällt wurden, und zu den weitergehenden Forderungen der weltweiten Kampagne gegen Armut der Zivilgesellschaft. Aus den Beschlüssen der EU, insbesondere über einen verbindlichen Stufenplan zur Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe, und den Entscheidungen des UN-Gipfels der Staats- und Regierungschefs im September ergeben sich auch Verpflichtungen für Deutschland, die von der neuen Bundesregierung nach den Wahlen in die Tat umgesetzt werden müssten. Geschieht dies nicht, bedeutete dies nicht nur einen

⁴⁴ SPD, S. 41

⁴⁵ Ebd.

⁴⁶ FDP, S. 48

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ CDU/CSU, S. 37

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Linkspartei.PDS, S. 18

nicht, bedeutete dies nicht nur einen Rückschlag für die deutsche Entwicklungspolitik, es hätte auch eine fatale Signalwirkung für die gesamte internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Vor diesem Hintergrund sollte aus Sicht entwicklungspolitischer NROs die Wahlentscheidung im September 2005 auch davon abhängig gemacht werden, welche Antwort die einzelnen Parteien auf die folgenden Fragen geben:

- **Kohärenz:** Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie sicherstellen, dass die deutsche Entwicklungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Handelspolitik konsequent und kohärent auf die Bekämpfung der weltweiten Armut und die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) ausgerichtet wird?
- **0,7-Prozentziel:** Deutschland hat sich im Verbund der EU verpflichtet, seine öffentliche Entwicklungshilfe bis zum Jahr 2010 auf 0,51 Prozent des BNE und bis 2015 auf 0,7 Prozent des BNE zu erhöhen. Stehen Sie zu dieser Verpflichtung? Welche konkreten Schritte werden Sie im Bundeshaushalt 2006 und in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes bis 2010 unternehmen, um diese Verpflichtung einzulösen?
- **Internationale Steuern:** Auf internationaler Ebene besteht ein breiter Konsens, dass die notwendige Erhöhung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auch über neue internationale Finanzierungsinstrumente erfolgen muss. Deutschland hat sich im Rahmen der „Lula-Gruppe“ für die Einführung einer internationalen Solidaritätsabgabe auf Flugtickets stark gemacht. Werden Sie diese Initiative in die Tat umsetzen? Unterstützen sie weitergehende Vorschläge für internationale Steuern und Nutzungsentgelte, insbesondere eine Devisentransaktionssteuer?
- **Entschuldung:** Die jüngste Entschuldungsinitiative der G8 ist aus Sicht vieler Entwicklungsländer und NROs lediglich

ein erster Schritt in die richtige Richtung. Welche weitergehenden Schritte zu einem umfassenden Schuldenerlass werden Sie unternehmen? Werden Sie Kofi Annans Vorschlag unterstützen, die Fähigkeit zur Verwirklichung der MDGs zum Kriterium für die Schuldentragfähigkeit eines Landes zu machen? Werden Sie sich für die Einführung eines fairen und transparenten Insolvenzverfahrens auf internationaler Ebene einsetzen?

- **Welthandel:** Auf welche Weise werden Sie ihren Einfluss bei EU und WTO geltend machen, um unfaire Praktiken der Industrieländer gegenüber den ärmeren Ländern (z.B. Exportsubventionen im Agrarbereich, Zolleskalation, Patentregelungen für Medikamente, Anti-Dumping-Regeln) zu beenden? Was werden Sie tun, damit die internationalen Handelsregeln so ausgestaltet werden, dass sie Entwicklungsländern einen besonderen Schutz ihrer Märkte garantieren?
- **UN-Reform:** Die Bemühungen um eine Stärkung der Vereinten Nationen im Wirtschafts- und Sozialbereich wurde bisher von den Auseinandersetzungen über die Reform des Sicherheitsrates überschattet. Welche Initiativen werden Sie ergreifen, um die Stärkung des ECOSOC von deutscher Seite aus zu unterstützen? Was werden Sie unternehmen, um die Interessen der Entwicklungsländer in den Entscheidungsorganen von IWF und Weltbank besser zu berücksichtigen?

Zum Teil haben die Parteien die Antworten auf diese Fragen in ihren Wahlprogrammen bereits gegeben – sie sprechen für sich selbst. Zum Teil sind sie gefordert, in den Wochen bis zu den Wahlen ihre entwicklungspolitischen Positionen zu erklären, zu konkretisieren und ggf. zu überdenken. Am 18. September liegt es dann an den Wählerinnen und Wählern, welche Richtung die deutsche Entwicklungszusammenarbeit am Ende im als „Wendejahr“ apostrophierten Jahr 2005 einschlägt.

Quellen

Programme und Positionen der Parteien zu den Bundestagswahlen

Bündnis 90/Die Grünen: Wahlprogramm 2005. Berlin, redaktioneller Stand: 15. Juli 2005.
http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/78/78278.wahlprogramm_2005_komplett.pdf

CDU/CSU: Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit. Regierungsprogramm 2005-2009. Berlin, 11. Juli 2005. <http://www.regierungsprogramm.cdu.de/download/regierungsprogramm-05-09-cducsu.pdf>

FDP: Arbeit hat Vorfahrt. Deutschlandprogramm 2005. Berlin, 25. Juli 2005. <http://files.liberales.de/fdp-wahlprogramm.pdf>

Linkspartei.PDS: Für eine neue soziale Idee. Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005 vom Parteivorstand am 16. Juli 2005 beschlossener Entwurf.
http://sozialisten.de/sozialisten/nachrichten/pdf/entwurf_wahlprogramm2005.pdf

SPD: Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD. Berlin, 4. Juli 2005.
http://kampagne.spd.de/040705_Wahlmanifest.pdf

Weitere Stellungnahmen und Positionspapiere

FDP: Wechsel-Lexikon. Deutschland erneuern von A-Z. Berlin.
http://files.liberales.de/FDP_Wechsellexikon.pdf

Hoppe, Thilo/Scheel, Christine: Die Chance für globale Entwicklungsfinanzierung nutzen. In: Zeitschrift Entwicklungspolitik 1/2/2005, S. 22 f.

Ruck, Christian/Schmidt, Christian: Vertrauen – Zukunft – Sicherheit. Für eine strategische Orientierung und bessere Verzahnung der deutschen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik. Gemeinsames Thesenpapier. Erschienen unter dem Titel „Nationale Interessen definieren“ in: Frankfurter Rundschau, 15. Januar 2005.

VENRO: Entwicklungspolitik im Wahlkampf 2005. Stellungnahmen der Parteien zu den Millenniums-entwicklungszielen. In: VENRO Rundbrief 22, Juli 2005.

WASG: Wahlmanifest der WASG verabschiedet auf dem Parteitag in Kassel vom 3. Juli 2005.
http://www.w-asg.de/uploads/media/Wahlmanifest-Kassel_01.pdf

Wieczorek-Zeul, Heidemarie: Rede von Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul anlässlich der Bundestagsdebatte zu den Millenniumszielen am 30. 6. 2005. Berlin.
<http://www.bmz.de/de/presse/reden/ministerin/rede20050630.html>

VENRO-Mitglieder (Stand: Juni 2005)

action medeor – Deutsches Medikamenten Hilfswerk
ADRA – Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe
Ärzte der Welt
Ärzte für die Dritte Welt
Ärzte ohne Grenzen *
AeJ – Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
AGEH – Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe
agl – Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt Landesnetzwerke
Akademie Klausenhof
Aktion Canchanabury
Andheri-Hilfe Bonn
Arbeiter Samariter Bund Deutschland
Arbeiterwohlfahrt Bundesverband
AT-Verband *
BDKJ – Bund der Deutschen Katholischen Jugend
Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit*
BEI – Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen
Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung
Brot für die Welt
CARE Deutschland
Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala
CCF Kinderhilfswerk
Christliche Initiative Romero
Christoffel-Blindenmission *
DEAB – Dachverband entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg
DESWOS – Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen
Deutsche Kommission Justitia et Pax
Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung
Deutsche Welthungerhilfe
Deutscher Caritasverband – Caritas International
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband AK „Parität International“
Deutsches Blindenhilfswerk
Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge *
Deutsches Rotes Kreuz – Generalsekretariat *
DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz
Die Lichtbrücke
Dritte Welt JournalistInnen Netz
EED – Evangelischer Entwicklungsdienst
Eine Welt Netz NRW
Eine Welt Netzwerk Hamburg
EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
Evangelische Akademien in Deutschland
FIAN Deutschland
Germanwatch Nord-Süd-Initiative
GSE – Gesellschaft für solidarische Entwicklungszusammenarbeit
Handicap International
Hilfswerk der deutschen Lions
ILD – Internationaler Landvolkdienst der KLB
Indienhilfe
INKOTA – Ökumenisches Netzwerk
Internationaler Hilfsfonds
Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
Johanniter-Unfall-Hilfe – Johanniter International
Jugend Dritte Welt

Kairos Europa – Unterwegs zu einem Europa für Gerechtigkeit
Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung – Berlin
KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung – Stuttgart
Kindernothilfe
Lateinamerika-Zentrum
Malteser Hilfsdienst Generalsekretariat – Abteilung Auslandsdienst
Marie-Schlei-Verein
matteredra – Stiftung Frau und Gesundheit
Medica mondiale
medico international
Misereor Bischöfliches Hilfswerk
Missionszentrale der Franziskaner *
Nationaler Geistiger Rat der Bahà'i in Deutschland
NETZ – Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit
ÖEIW – Ökumenische Initiative Eine Welt
OIKOS Eine Welt
ORT Deutschland
Oxfam Deutschland
Peter-Hesse-Stiftung – Solidarität in Partnerschaft für eine Welt
Plan international Deutschland
Rotary Deutschland Gemeindienst
Senegalhilfe-Verein
SES – Senior Experten Service
SID – Society for International Development
SODI – Solidaritätsdienst International
Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes Stiftung
Entwicklung und Frieden
Stiftung Nord-Süd-Brücken
Susila Dharma – Soziale Dienste
Terra Tech – Förderprojekte Dritte Welt
terre des hommes Bundesrepublik Deutschland
Tierärzte ohne Grenzen *
TransFair – Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der „Dritten Welt“
VEN – Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen
VENROB – Verbund entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs
Weltfriedensdienst
Welthaus Bielefeld
Weltladen-Dachverband.
Weltnotwerk der KAB Westdeutschlands
Werkhof Darmstadt
Werkstatt Ökonomie
World Vision Deutschland
W. P. Schmitz Stiftung
WUS – World University Service – Deutsches Komitee
Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe der Gemeinnützigen Treuhandstelle

*) Gastmitglied